

Landesregierung darf nordrhein-westfälische Interessen nicht verschlafen

Der aktuelle Richtungswechsel in der Energiepolitik, den zumindest Wirtschaftsminister Duin angekündigt hat, und die Tatsache, dass sich die Ministerpräsidentin als SPD-Verhandlungsführerin für den Bereich Energie auf sein Haus stützen wird, lassen für NRW nichts Gutes für die Koalitionsverhandlungen in Berlin erwarten.

Schon einmal haben Sozialdemokraten in einer für das Land schicksalhaften Situation die notwendigen Veränderungen, die für den Erhalt des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen erforderlich gewesen wären, verschlafen. An den Folgen des Niedergangs des Kohlebergbaus leidet das Ruhrgebiet jetzt seit 40 Jahren.

Das allzu lange Festhalten am längst überholten Konzept einer zentralen und fossilen Energieerzeugung wird die längst überall stattfindende Veränderung nicht aufhalten. Statt die Energiewende zur Modernisierung zu nutzen, hinkt NRW schon jetzt hinterher. Stattdessen verzögert die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Anpassung und wird dadurch die Strukturprobleme am Ende nur verschärfen. Die Sorge, dass bei dieser Landesregierung die Interessen von NRW wieder einmal auf der Strecke bleiben, ist mehr als berechtigt.

Die jetzt erreichte Kostenreduktion bei den Erneuerbaren im Interesse der Verbraucher nutzen

Betrug zum Start des EEG im Jahr 2004 die Einspeisevergütung für Solarstrom noch 57 Ct/kWh, gibt es im Oktober 2013 für Strom aus einer gleich großen Solardachanlage gerade noch 14 Ct/kWh, also gerade mal ein Viertel der Vergütung von vor 9 Jahren. Strom aus Windrädern an Land kostet 9 Ct/kWh. Die erneuerbaren Energien brauchen in Bezug auf das Tempo des technischen Fortschritts und ihrer Kostensenkung den Vergleich mit anderen innovativen Wirtschaftsbranchen keinesfalls zu scheuen. Genau diese Kostensenkung war durch das EEG beabsichtigt. Jetzt sind die Erneuerbaren im Markt angekommen. Die Einspeisevergütungen für Strom aus neuen Windrädern befinden sich nahezu im Gleichgewicht mit den tatsächlichen Gestehungskosten der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern. Bei einem Strompreis für Endverbraucher von 28 Ct/kWh liegen die Einspeisevergütungen mittlerweile nur noch bei einem Drittel bzw. der Hälfte des Endpreises. Die jahrelange Anschubfinanzierung, die alle Stromkunden bezahlt haben, beginnt sich erstmals für die Verbraucher auszuzahlen. Ausgerechnet jetzt fordert der NRW-Wirtschaftsminister: „Das Ausbautempo der regenerativen Energien muss gesenkt werden.“ Ist es im Interesse der nordrhein-westfälischen Stromkunden, der Mieter, der Hauseigentümer und der Gewerbetreibenden ihnen jetzt die Früchte ihrer jahrelangen Umlagezahlungen zu verweigern? Ich meine: Nein.

Eigenerzeugung und –verbrauch haben gerade in NRW gute Chancen

Angesichts der gesunkenen Erzeugungskosten ist es heute praktisch für jeden Stromkunden interessant, seinen eigenen Strom zu erzeugen und zu verbrauchen. In der Industrie ist das bereits seit Jahrzehnten üblich. 50 Terawattstunden (TWh) erzeugen Industriebetriebe seit Jahren für den Eigenverbrauch. Der durch die Energiewende getriebene Eigenverbrauch beträgt bisher lediglich 1 TWh, wird aber perspektivisch in NRW wachsen. Durch Gerade im Industrieland NRW stehen auf Fabrikdächern, auf Einkaufszentren und über Parkplätzen mehr Flächen für Strom und Wärme erzeugende Solarpaneele zur Verfügung als in jedem anderen Bundesland. Industrie- und Gewerbegebiete bieten im städtischen Raum sogar Standorte für Windkraftanlagen. Die Abnahme des Stroms vor Ort wäre gesichert, ohne dass zusätzliche Leitungen benötigt werden. NRW hat hier einen Standortvorteil wie kein anderes Bundesland. Industrie, Gewerbe, Einzelhandel, Wohnungsunternehmen beginnen, die Vorteile für sich zu nutzen. Genau in dieser Situation fordert der SPD-Wirtschaftsminister, den selbst erzeugten und den selbst verbrauchten Strom auch noch mit Umlagen nach dem EEG und für Netzentgelte zu belasten. Im Interesse Nordrhein-Westfalens ist das nicht.

NRW hat keinen Anlass, auf den Ausbau der Höchstspannungsnetze zu warten

2.800 km neue Höchstspannungsleitungen, sog. Stromautobahnen, sind nach dem aktuellen Diskussionsstand des Netzentwicklungsplans erforderlich. Ein erheblicher Teil verläuft in Nord-Süd-Richtung durch Nordrhein-Westfalen – nicht weil der Strom in NRW benötigt würde, sondern um den Windstrom vom Norden nach Süden und den Sonnenstrom vom Süden in den Norden zu durchzuleiten. Auf den obersten Spannungsebenen besteht für NRW ein relativ geringer Ausbaubedarf. Für unser Bundesland ist wichtig, dass die Hoch- und Mittelspannungsebene ohne Engpässe funktionieren. Mit 523 Einwohnern/qkm ist NRW das am dichtesten besiedelte deutsche Flächenbundesland (Deutschland: 229). In keinem anderen Bundesland ist das Stromnetz auf der Mittelspannungsebene so eng gewebt wie bei uns. Kein anderes Bundesland hat bessere Voraussetzungen für die dezentrale Einspeisung und die dezentrale Abnahme des Stroms. Erzeugung und Verbrauch regenerativ erzeugten Stroms könnten nirgendwo so eng bei einander liegen, wie in NRW. Statt in NRW den Ausbau der Erneuerbaren zu forcieren, um den natürlichen nordrhein-westfälischen Standortvorteil für die Bevölkerung zu nutzen, will der SPD-Wirtschaftsminister dem Ausbau der Übertragungsnetze Vorrang einräumen. Der Ausbau der Erneuerbaren soll bis dahin warten.

Erzeugungskapazität gerade bei Wind in NRW zügig erhöhen

Das Energiekonzept des Deutschen Bundestages sieht vor, dass die Erneuerbaren Energien im Jahr 2020 mit einem Anteil von 35 Prozent zur Stromerzeugung in Deutschland beitragen. Aktuell liefern sie 26 Prozent. In Nordrhein-Westfalen sind die Erneuerbaren gerade einmal bei 7 Prozent der Erzeugung angekommen. Schon das von der Landesregierung selbstgesteckte Ziel, in NRW bis zum Jahr 2025 wenigstens 30 Prozent des Stroms regenerativ herzustellen, bleibt deutlich hinter der bundesweiten Zielmarke zurück. Zwar kündigt die Landesregierung regelmäßig den schnellen Ausbau der Windenergie in NRW an. Tatsächlich verharrt der Zubau bei 6,5 % der bundesweit zugebauten Windenergieerzeugungskapazität. Als größtes Bundesland einen bundesweit koordinierten Ausbauplan einzufordern, wenn man noch nicht einmal die Hausaufgaben im eigenen Land erledigt, wird in den anderen Ländern keine Anhänger finden. Warum

eine weitere Drosselung des Schnecken tempos in NRW zum Vorteil des Landes sein soll, wird das Geheimnis des SPD-Ministers sein.

Mutig die Chancen der Erneuerbaren Energien für NRW nutzen

Statt die erneuerbaren Energien ständig zu bremsen, wäre es Aufgabe der Landesregierung, die Chancen der Energiewende für NRW zu nutzen. Dazu gehören die Potentiale zur Erzeugung Erneuerbarer Energien genauso wie die bereits vorhandenen Netze.

Die anzustrebende Integration der Erneuerbaren Energien in den Markt muss das Ziel verfolgen, den „Rollentausch“ so auszugestalten, dass die Erneuerbaren Energien die grundlastfähige Stromerzeugung und die konventionellen Energieträger die Spitzenlastabdeckung übernehmen. Genau für diese sinnvolle Verzahnung der zunehmenden Stromversorgung aus regenerativer Energie mit der Nutzung von Energie aus konventionellen Kraftwerken müssen jetzt bei den Koalitionsverhandlungen die Weichen gestellt werden.

Ein wichtiges Augenmerk muss darauf liegen, die energieintensive, im internationalen Wettbewerb stehende Industrie in Deutschland zu halten. Gerade für das Industrieland Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel des umlagebefreiten Industriestroms verbraucht wird, ist der Erhalt der Wertschöpfungsketten von besonderer Bedeutung. Dies ist eine Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsförderung. Deshalb ist steuerlichen Hilfen Vorrang vor der Befreiung oder Verminderung von Strompreisanteilen und Netzentgelten zu geben.

Gerade aus NRW-Sicht, wo inzwischen 30.000 Menschen in der Erneuerbaren-Energien-Branche arbeiten, ist es wichtig, dass der Beschäftigungszuwachs und die daraus folgenden Investitionen mit ihrer Wertschöpfung im Land bleiben.

Ein glasklares Bekenntnis zur in Deutschland eingeleiteten Energiewende ist gerade aus NRW-Sicht erforderlich.